
DPG-Rundbrief – Juli III 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

die unerträglichen Hauszerstörungen entlang der völkerrechtswidrig gebauten Isolationsmauer und die damit verbundene Vertreibung der palästinensischen Familien stellen einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht. Als Aktion von Kriegsverbrechen müssen sie durch eine scharfe und eindeutige Distanzierung der Bundesregierung verurteilt werden.

Aus diesem Grund veröffentlicht die DPG einen offenen Brief, der an den Außenminister versendet wurde.

Kurze Zeit nach Versendung unseres Briefes veröffentlichte **das Auswärtige Amt in einer Presseerklärung am 23.07.2019 eine gemeinsame Erklärung von Deutschland, Frankreich, Spanien und dem Vereinigte Königreich zu Abrissen palästinensischer Gebäude in Ost-Jerusalem:**

„Deutschland, Frankreich, Spanien und das Vereinigte Königreich verurteilen den Abriss palästinensischer Gebäude durch Israel im Bezirk Wadi al Hummus im Südosten von Jerusalem scharf.

Wir sind nach wie vor tief besorgt über die fortdauernden Abrisse palästinensischer Gebäude durch israelische Behörden. Der Abriss von Gebäuden in besetzten Gebieten verstößt – außer in seltensten Ausnahmefällen – gegen das humanitäre Völkerrecht und Resolutionen des VN Sicherheitsrats. Ein solches Vorgehen verursacht unnötiges Leid für palästinensische Zivilisten und schadet dem Friedensprozess.

In diesem spezifischen Fall waren die Abrisse besonders schwerwiegend, da sich einige der Gebäude in A- und B-Gebieten befanden, die nach den Oslo-Abkommen der Hoheitsgewalt der Palästinensischen Behörde unterstehen. Daher handelt es sich um einen Verstoß gegen diese Abkommen. Die Abrisse stellen einen gefährlichen Präzedenzfall dar, der die Zwei-Staaten-Lösung unmittelbar gefährdet.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/erklaerung-ost-jerusalem/2235138>

Weiter Info:

<https://www.tagesschau.de/ausland/israel-siedlungen-105.html>

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/in-ostjerusalem-palaestinenser-haeuser-abgerissen-100.html>

Siehe Seite 2

Der Vorwurf des Antisemitismus am Beispiel der Recherche des SPIEGEL

Darüber hinaus möchten wir am Beispiel der Berichterstattung des SPIEGEL auf das leidige Phänomen des Antisemitismus-Vorwurfes aufmerksam machen.

Wir bitten um Nachsicht, wenn Ihnen dieser Sachverhalt bereits bekannt sein sollte.

In diesem Fall wird um Verbreitung an Bekannte und Interessierte dieser Aufarbeitung des SPIEGEL gebeten.

Ab Seite 3

Mit freundlichen Grüßen trotz der schwierig werdenden Situation in Palästina.
Nazih Musharbash



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Steuernummer: 207/107/603315
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

Präsident

Nazih Musharbash
Vizepräsidenten
Dr. Detlef Griesche
Ursula Mindermann
Gisela Siebourg
Dr. Ribhi Yousef

Kontakt

Nazih Musharbash
Hagenberg 58
D-49186 Bad Iburg
musharbash@dpq-netz.de

DPG – Nazih Musharbash – Hagenberg 58 – 49186 Bad Iburg

Herrn
Bundesaußenminister
Heiko Maas – persönlich-
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Bad Iburg, 23.07.2019

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas,

nur kurze Zeit nachdem das Oberste Gericht „zu nah“ stehende palästinensische Häuser an der völkerrechtswidrig gebauten Isolationsmauer als „Gefährdung“ erklärt hatte, begann das israelische Militär mit der seit 1967 größten Aktion von Häuserzerstörungen.

Diese Zerstörungen stellen einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und sind Teil eines systematischen Planes der israelischen Behörden, Palästinenser in den besetzten Gebieten mit Gewalt zu vertreiben. Solche Aktionen sind Kriegsverbrechen.

Die israelische Militärverwaltung und die israelische Regierung versuchen, diese Zerstörungen unter dem Deckmantel der Sicherheit zu rechtfertigen, indem sie behaupten, die Häuser seien zu nahe an der Mauer/dem Zaun, doch dies hält einer Prüfung nicht stand.

Die Wahrheit ist, dass die israelischen Behörden seit Jahrzehnten willkürliche und unverhältnismäßige Maßnahmen im Namen der Sicherheit ergriffen haben, um ihre Kontrolle über palästinensisches Land auszudehnen und Palästinenser aus Gebieten zu vertreiben, die sie als strategisch erachten, ganze Gemeinden wie in Silwan und in Wadi Alhumms gewaltsam zu vertreiben und Zehntausende Häuser illegal zu zerstören.

Israel muss seine grausame und diskriminierende Politik des Abrisses von Häusern und der Vertreibung sofort beenden.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft verurteilt auf das schärfste diese Zerstörungen und erwartet eine entsprechende Verurteilung der Bundesregierung.

Die DPG kann nicht akzeptieren, dass mit der besonderen Verantwortung Israel gegenüber solche Zerstörungen und Vertreibungen gerechtfertigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

I.A.

Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Lobbyismus im Bundestag: Wie zwei Vereine die deutsche Nahostpolitik beeinflussen wollen



Ein deutsch-jüdischer und ein proisraelischer Verein haben im Bundestag ein enges Netzwerk gespannt – mit fragwürdigen Methoden.

12. Juli 2019

Von Matthias Gebauer, Ann-Katrin Müller, Sven Röbel, Raniah Salloum, Christoph Schult, Christoph Sydow

Was am Freitag, dem 17. Mai 2019, im Bundestag geschah, ist eher selten: Da stimmten die Regierungsfractionen von Union und SPD zusammen mit zwei Oppositionsparteien, FDP und Grünen für eine gemeinsame Erklärung.

Ihr Titel: "Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen". BDS steht für "Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen", das Kürzel einer weltweiten pro palästinensischen Kampagne, deren Macher Israel isolieren wollen. Die Resolution des Bundestags verurteilte die Bewegung scharf.

Die große Zustimmung im Parlament verwundert auf den ersten Blick nicht. Welcher Abgeordnete würde schon dagegen sein, Antisemitismus zu bekämpfen? Doch hinter den Kulissen war die Entscheidung umstritten.

Der Bundestag hatte bereits 2018 eine Erklärung gegen Antisemitismus verabschiedet, in der auch die BDS-Bewegung kritisiert wird. Warum, fragten sich nicht wenige Parlamentarier, war eine eigene Resolution für eine in Deutschland unbedeutende Initiative nötig? Und wie würde sie sich auf die Zusammenarbeit deutscher Stiftungen mit palästinensischen NGOs auswirken? 103 Abgeordnete waren unzufrieden und distanzierten sich in persönlichen Erklärungen von dem Text. Ablehnen wollten sie ihn aber nicht, auch aus Angst, als Antisemiten zu gelten.

Dass die proisraelische Erklärung trotz der Kritik am Ende auf so viel Zustimmung traf, lag auch an Elio Adler. Der Berliner Zahnarzt ist Vorsitzender der "WerteInitiative", eines 2018 gegründeten Vereins, der nach eigener Auskunft "jüdisch-deutsche Positionen" vertritt. Die "WerteInitiative" hatte in den Monaten vor der Abstimmung offensiv dafür geworben, die BDS-Bewegung als antisemitisch einzustufen und ihre Finanzierung zu verbieten. So offensiv, dass ein Abgeordneter von einer "systematischen Einflussnahme" spricht. Am Ende dieses Drängens stand dann die Resolution.

Elio Adler saß bis vergangene Woche auch im Vorstand eines anderen Vereins, des 2009 gegründeten "Nahost Friedensforums", kurz: Naffo. Die Organisation stellt die deutsche Nahostpolitik infrage und wirbt für Positionen des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Auch Naffo betreibt im Berliner Regierungsviertel offensiv Lobbyarbeit.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Vereine versuchen, Parlamentariern ihre Interessen und politischen Vorstellungen nahezubringen. Bemerkenswert aber ist, wie groß der Einfluss dieser beiden Vereine ist, die relativ klein und einer breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt sind. Vor allem aber sind manche ihrer Methoden höchst fragwürdig.

Bei Naffo werden ausgewählte Mitglieder des Bundestags intern als "Kontakt-MdBs" bezeichnet. Auf ihnen ruht die Hoffnung, dass sie die Positionen der Vereine weitertragen mögen. Dafür entwerfen die Lobbyisten nicht nur Positionspapiere und veranstalten "Runde Tische", sie laden die Abgeordneten auch zu Reisen nach Israel ein – und vermitteln sogar Spenden an die Politiker. All das zeigt, wie strategisch sie die Einflussnahme auf die Politik gestalten. Am Ende stellt sich die Frage, wie unabhängig Politiker sein können, die finanziell von den Kontakten profitieren.

An einem Mittwoch im Mai treffen sich um 7.30 Uhr in Raum 4.101 des Paul-Löbe-Hauses Parlamentarier aller Fraktionen außer der AfD, die nicht eingeladen ist. Adler hat zu einem "Runden Tisch" gebeten, der FDP-Abgeordnete Bijan Djir-Sarai den Raum reserviert. Er hat die BDS-Resolution mitinitiiert, um die es nun geht.

Adler begrüßt die Anwesenden, dann regt sich Christian Schmidt (CSU), der ehemalige Landwirtschaftsminister. Er kritisiert, dass sich die "WerteInitiative" in den parlamentarischen Vorgang einmische, berichten Teilnehmer später. "Das ist ein nicht notwendiges Verfahren", sagte Schmidt demnach. Anträge schreiben die Parlamentarier normalerweise selbst.



Vorsitzender Adler:
Offensive Lobbyarbeit

Adler gibt das Wort an den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein. Nach seiner eigenen Erinnerung erklärt Klein, warum er die BDS-Bewegung für gefährlich hält, spricht dann über den Resolutionsentwurf. Da meldet sich wieder Schmidt: "Lieber Herr Klein, wenn ich mich nicht irre, sind Sie der Beauftragte der Bundesregierung. Als Teil der Exekutive sind Sie nicht für die Parlamentsarbeit zuständig." Mehrere Teilnehmer bestätigen dies später, auch, dass andere Abgeordnete Schmidt beipflichteten.

Die Intervention wirkt, zumindest kurzzeitig. "Wir wollen Ihnen auf keinen Fall reinreden", habe Adler versichert. Klein sagt heute, dass er nach Schmidts Äußerungen den Textentwurf "nicht mehr kommentiert" habe.

Tatsache aber ist: Am Ende ist die Resolution so, wie Adler und die "WerteInitiative" sie sich gewünscht haben. Die BDS-Bewegung wird fortan geächtet. Die israelische Regierung feierte den Bundestagsbeschluss dann auch wie eine Trophäe. "Bahnbrechend" und den "bisher bedeutsamsten Schritt" nannte ihn Gilad Erdan, der Minister für Strategische Angelegenheiten, bei einer Konferenz in Jerusalem.

Erdan steht im Mittelpunkt des israelischen Kampfs gegen die BDS-Bewegung und bedient sich dabei auch zweifelhafter Methoden. Jüngst musste er zugeben, eine Organisation gegründet zu haben, die verdeckt Kampagnen gegen die Boykott-Initiative unterstützen soll.

Umgerechnet rund 30 Millionen Euro hat das Ministerium dafür bereitgestellt, selbst der Geheimdienst Mossad soll laut Medienberichten involviert sein. Man habe vor allem in Europa und den USA Druck auf Banken ausgeübt, um die Konten von Gruppen zu schließen, die BDS unterstützen. Sogenannte Frontorganisationen in den Ländern sollen geholfen haben.

Der Verdacht liegt nahe, dass auch die "WerteInitiative" oder Naffo zu jenen "Frontorganisationen" gehören könnten. Naffo zumindest war bei der Konferenz anwesend. Die Geschäftsführerin Mirjam Rosenstein, die die Fragen des SPIEGEL für den während der Recherche aus dem Vorstand zurückgetretenen Elio Adler beantwortet, bestätigt, dass eine Mitarbeiterin "als ZuhörerIn teilgenommen" hat, bestreitet aber, mit dem Ministerium in Israel zusammenzuarbeiten: "Naffo koordiniert keine seiner Aktivitäten, weder online noch offline, mit dem Ministerium für Strategische Angelegenheiten." Auch finanzielle Unterstützung habe es nicht gegeben.

Inhaltlich vertritt Naffo allerdings Positionen, die denen von Ministerpräsident Netanyahu verblüffend ähnlich sind. Etwa, wenn es um Palästina geht. Offiziell sagt der Verein zwar, er setze sich für die Gründung eines palästinensischen Staats ein. In internen Papieren aber wird diese Position schon mal hinterfragt: "Die Vorsitzende ermutigt die Mitglieder, sich aktiv in die Naffo-Diskussion einzubringen, ob und inwiefern die Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt weiterhin angestrebt werden soll", heißt es im Protokoll der Mitgliederversammlung von 2017. Rosenstein sagt dazu, man habe dies diskutiert, sich am Ende aber "klar für die Beibehaltung des Ziels einer Zwei-Staaten-Lösung entschieden".

Um die enge Verbindung zu den "Kontakt-MdBs" aufrechtzuerhalten, organisiert Naffo gern Reisen. Meist zweimal pro Jahr lädt der Verein sie oder ihre Mitarbeiter nach Israel und in die palästinensischen Gebiete ein. Über eine Reise für Mitarbeiter von Abgeordneten heißt es im Protokoll der Mitgliederversammlung von 2018, sie sei "aufgrund des großen inhaltlichen Einflusses der Mitarbeiter auf ihre Vorgesetzten besonders wichtig".

Wie Naffo diese Reisen finanziert, ist nicht ganz klar. Die Mitgliedschaft im Verein kostet 1000 Euro im Jahr, auf Mitgliederversammlungen wird aber auch "unseren Großspendern" gedankt. Wer das ist, wollte Rosenstein auf Anfrage nicht mitteilen, nur so viel: "Die Spender von Naffo sind ausschließlich Privatpersonen."

2017 gelang es Naffo sogar, Geld vom Auswärtigen Amt für eine Reise zu bekommen. Es blieb aber bei der einmaligen Förderung. Viele Diplomaten sehen die aggressiven Lobbymethoden wohl kritisch.



Israelfan Spahn:
"In regelmäßigem Austausch"

Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, formuliert es so: "Deutschland ist immer eingetreten für die Sicherheit Israels einerseits und die legitimen Rechte der Palästinenser im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung andererseits."

Und: "Jeder Versuch, die ausgewogene deutsche und europäische Position zulasten einer Seite zu verschieben, ist in der Sache problematisch." Ein solcher Ansatz würde die Fähigkeit der deutschen Außenpolitik schwächen, einen Friedensprozess zu unterstützen, so Annen.

[Zum Thema](#)

[Umstrittene BDS-Bewegung bei Festivals](#)

[Ist das Israelkritik oder Judenhass?](#)

[Die BDS-Bewegung setzt Musiker unter Druck, Israel zu boykottieren. Wer steckt dahinter?](#)

[Tobias Becker, Andreas Borcholte, Georg Diez, Jurek Skrobala](#)

Wie gut vernetzt Naffo ist, zeigte sich auch während der Koalitionsverhandlungen Anfang 2018. Zur Verwunderung mancher Unterhändler wusste der Verein früh über einen Entwurf des Koalitionsvertrags Bescheid. Und schaffte es, die Formulierung zu ändern, wie Naffo selbst im Protokoll der Mitgliederversammlung festhält: "Kurz vor der Unterzeichnung (...) hat Naffo durch eine gezielte Kampagne Dutzende MdBs auf die aus unserer Sicht verheerende Passage zu Nahost aufmerksam gemacht und konnte eine deutliche Verbesserung erreichen."

Um sich noch mehr Nähe zu den Politikern zu verschaffen, greifen Naffo und die "WerteInitiative" sogar auf materielle Mittel zurück: Sie haben ausgewählten Bundestagsabgeordneten Spenden vermittelt.

Bereits im Bundestagswahlkampf 2013 seien Naffo-Vertreter auf ihn zugekommen, berichtet der Abgeordnete Frithjof Schmidt, damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen. "Es kam das Angebot von zwei Vertreterinnen von Naffo, für meinen persönlichen Wahlkampf eine Summe zu spenden." Die "personenbezogenen Spenden" seien für die Abgeordneten im Bereich der Außenpolitik vorgesehen, von denen sie sich wünschten, dass sie wieder in den Bundestag kämen, so hätten es die beiden erklärt. "Es handelte sich um 1500 Euro", sagt Schmidt, der das Angebot ablehnte. "Ich habe gesagt, dass ich grundsätzlich keine personenbezogenen Spenden annehme, aber dass ich mich freue, wenn sie das unserer Bundespartei spenden." Am Ende sei tatsächlich eine Spende auf dem Konto der Bundespartei gelandet.

Geschäftsführerin Rosenstein sagt: "Naffo hat noch nie einem Politiker Spenden angeboten." Gleichzeitig sagt sie, dass Naffo-Vertreterinnen Schmidt "mitgeteilt haben, dass einige wenige Privatpersonen, die zu diesem Zeitpunkt Mitglieder bei Naffo waren, gern seinen Wahlkampf mit einer Wahlkampfspende unterstützen würden".

Um die enge Verbindung zu den "Kontakt-MdBs" aufrechtzuerhalten, organisiert Naffo gern Reisen.

Im Juni 2017 lädt Elio Adler schließlich zu einem Spendendinner nach Berlin-Dahlem ein. Die Einladung hat er von seinem E-Mail-Konto der "WerteInitiative" verschickt. Veranstalter des Abends, so Adler, seien weder er noch der Verein gewesen: "Der Ort war ein Privathaus, der Gastgeber, der auch das Abendessen bezahlt hat, ist eine Privatperson", sagt er.

Dabei war es Adler, der seine Kontakte nutzte, um eine illustre Runde zusammenzustellen. Aus dem Bundestag lud er sechs Abgeordnete ein, die Sozialdemokraten Michaela Engelmeier und Fritz Felgentreu sowie die Christdemokraten Thomas Feist und Thorsten Frei. Der berühmteste Gast war Jens Spahn (CDU), der heutige Gesundheitsminister. Auch der Außenpolitikexperte der Union, Roderich Kiesewetter, war eingeladen, sagte aber kurzfristig ab.

Kiesewetter ist Berichterstatter der Union für Israel und die palästinensischen Gebiete. Die Beziehung Deutschlands zu Israel sei ihm ein besonderes Anliegen, sagt er. "In meiner Überzeugung ist dies jedoch nur dann glaubhaft und nachhaltig, wenn ich meiner Arbeit unabhängig nachgehen kann." Deswegen habe er kein Geld bekommen wollen. Seltsam allerdings: Obschon er Spenden abgelehnt hatte, bekam Kiesewetter trotzdem Geld, „auf mein Wahlkampfkonto des CDU-Kreisverbandes Ostalb „überwiesen, sagt er. Er habe es umgehend zurücküberweisen lassen.

Der CDU-Abgeordnete Frei bestätigt, dass im Anschluss an das Abendessen "von knapp zwanzig Personen" Spenden in insgesamt vierstelliger Höhe eingegangen seien, drei andere dementieren nicht, dass Geld auf Parteikonten überwiesen wurde, SPD-Mann Felgentreu verweist an den Kreisverband. Alle Betroffenen geben an, dass die Spenden ordnungsgemäß verbucht worden seien.

Im Fall von Kiesewetter ging es um mehrere Einzelspenden von Privatpersonen und Firmen, allesamt nicht anzeigepflichtig, nicht illegal. Es sei denn, die Spenden werden "erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt", wie es in den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestags heißt. Dann sind sie streng verboten. Auch das Parteiengesetz verbietet sogenannte Erwartungs- und Dankeschönspenden. Die Abgeordneten, die beim Dinner waren, dementieren, um irgendeine Form der Gegenleistung gebeten worden zu sein.

Dennoch zeigt das Spendendinner, wie subtil die Einflussnahme wirken kann. In den Tagen rund um die Einladung äußerten sich einige der Gäste in auffallend ähnlichem Wortlaut. Es ging um eine Antisemitismuskonvention, die zu senden die Fernsehsender Arte und WDR sich weigerten, weil sie handwerkliche Mängel ausgemacht hätten.

Fünf der sechs Parlamentarier, die zum Dinner eingeladen waren, machten daraufhin Druck, etwa: "Was ist los bei @ARTEde", fragte ein SPD-Abgeordneter auf Twitter. Seine Kollegin schrieb: "Ich würde mir gerne die Doku anschauen! Warum strahlen Arte und WDR die Doku nicht aus?" Und Jens Spahn forderte: "Die Doku muss gezeigt werden!!!" Frei hat keinen Twitteraccount.

Alles Zufall? Adler sagt, seitens beider Vereine seien "keinerlei Absprachen mit den MdBs erfolgt". Richtig sei, dass "wir, unabhängig von dieser Veranstaltung, anlassbezogen Volksvertreter auf Themen und Umstände aufmerksam machen, die wir für relevant halten". Man habe aber ja "keinerlei Einfluss darauf, was Politiker mit unseren thematischen Hinweisen anfangen", sagt Adler.

"Einen so systematischen Versuch der Beeinflussung des Bundestags habe ich noch nie erlebt."

Die Fragen des SPIEGEL zu den Vorgängen ärgern Adler offensichtlich: "Wir sind von der Stoßrichtung Ihrer Recherchen stark befremdet", schreibt er. "Diese folgen, dem Anschein nach, einer Mär der Einflussnahme jüdischen Kapitals in die Bundespolitik." Die Spenden für skandalisierungsfähig zu halten sei "der eigentliche Skandal, denn es findet Resonanz in verschwörungstheoretischen Bildern und antisemitischen Vorstellungen".

Unter den Abgeordneten sind Adlers Aktivitäten allerdings umstritten: Es gibt Befürworter wie Thorsten Frei, Vize-Unionsfraktionschef, der auch zum Dinner eingeladen war. "Die WerteInitiative trägt mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement aus jüdischer Perspektive zur Stärkung der Mitte der Gesellschaft bei."

Sein Parteifreund Andreas Nick sieht es ganz anders: "Ich habe einen so systematischen Versuch zur Beeinflussung des Bundestags noch nicht erlebt", sagt er. "Es geht offenbar letzten Endes

darum, die deutsche Position im Nahostkonflikt im Sinne der Herren Trump und Netanyahu zu verschieben und so die EU in dieser Frage zu spalten." Auch Abgeordnete von FDP und Grünen kritisieren die Arbeitsweise der Vereine.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sagt auf Anfrage, dass er mit den Mitgliedern der "WerteInitiative" "in regelmäßigem Austausch" sei. Er halte das zivilgesellschaftliche Engagement für unterstützenswert. Im Zuge des Austauschs sei er aber "zu keinem Zeitpunkt zur Einnahme einer Position aufgefordert oder zu spezifischen Aussagen ermutigt" worden, auch nicht bei jenem Spendendinner. "So eine Situation hätte immer den Abbruch von Gesprächen meinerseits zur Folge."

Kaum im Ministeramt, wirkte Spahn allerdings maßgeblich an einer Kehrtwende in der Nahostpolitik der Bundesregierung mit. Bei der jährlichen Abstimmung über die Palästina-Resolution der Weltgesundheitsorganisation WHO hatte Berlin bis 2017 immer mit Ja gestimmt. Die Resolution ist umstritten, da sie die einzige ist, die explizit ein Land hervorhebt – eben Israel. 2018 setzte Spahn zusammen mit Außenminister Heiko Maas durch, dass sich Deutschland bei der Resolution erstmals enthielt.

In diesem Jahr stimmte die Bundesregierung sogar dagegen.

Anmerkungen der Redaktion:

- *Der Redaktion wurde nach Erscheinen dieses Artikels vorgeworfen, antisemitische Klischees zu verbreiten. [Dazu finden Sie hier eine Stellungnahme der Chefredaktion](#). **Siehe unten...***
- *Einige Leser haben bei Erscheinen des Artikels über die sozialen Medien und Suchmaschinen eine andere Überschrift ausgespielt bekommen, wir haben sie nachträglich geändert.*

DER SPIEGEL / Chefredaktion

In eigener Sache

Anmerkungen zu unserer Recherche für den Artikel "Gezielte Kampagne"

In seiner aktuellen Ausgabe berichtet DER SPIEGEL über die Lobbyarbeit eines deutsch-jüdischen und eines proisraelischen Vereins. Nun wird der Redaktion vorgeworfen, in dem Artikel antisemitische Klischees zu verbreiten. Dazu möchten wir uns äußern.
15. Juli 2019

DER SPIEGEL hat über die Lobbyarbeit des deutsch-jüdischen Vereins "WerteInitiative" und des proisraelischen Vereins "Naffo" geschrieben ([hier](#) geht es zum Text). Nun werfen Kritiker wie beispielsweise der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland der Redaktion unter anderem Antisemitismus vor. Wir möchten darauf eingehen:

Vorwurf 1: Der SPIEGEL kritisiere die Praktiken von "WerteInitiative" und "Naffo" nur, so Kritiker, weil es sich um einen deutsch-jüdischen bzw. einen proisraelischen Verein handle.

Das stimmt nicht. DER SPIEGEL berichtet oft über fragwürdige Praktiken von Lobbygruppen. In diese Reihe fügt sich auch der Bericht in unserer jüngsten Ausgabe ein.

Zwei andere Beispiele aus den vergangenen Monaten:

- 1) [Die Einflussnahme der Münchner Beratungsfirma Eutop auf die Politik in Berlin und Brüssel](#)
- 2) [Der Versuch Saudi-Arabiens, über eine Lobbyfirma Journalisten und Politiker in Deutschland zu beeinflussen](#)

Es ist nicht nur legitim, sondern journalistisch geboten, auf die Lobbyarbeit von "Naffo" bzw. "WerteInitiative" denselben kritischen Blick zu werfen, den wir auf alle Lobbyisten werfen.

Vorwurf 2: Die Methoden der Vereine lägen im Rahmen der normalen, zulässigen Tätigkeit politischer Lobbygruppen. Der SPIEGEL messe mit zweierlei Maß.

Am Anfang unserer Recherchen über die Methoden der Vereine "WerteInitiative" und "Naffo" standen kritische Anmerkungen mehrerer Bundestagsabgeordneter uns gegenüber, denen wir

nachgegangen sind. Es handelt sich um Politiker, die fernab des Verdachts stehen, israelfeindlich oder antisemitisch zu sein. Sie schilderten unserer Redaktion Praktiken besagter Vereine, die ihrer Ansicht nach über die gewöhnliche Lobbyarbeit im politischen Berlin hinausgehen.

- Der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) kritisierte, dass sich die "WerteInitiative" in einen parlamentarischen Vorgang einmische.
- Der Grünen-Politiker Frithjof Schmidt berichtete, dass ihm für den Wahlkampf Spenden von "Naffo"-Vertreterinnen angeboten worden seien.
- Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter berichtete, dass für seinen Wahlkampf ungefragt Geld aus dem Umfeld der "WerteInitiative" überwiesen worden sei, obwohl er dies zuvor abgelehnt habe.
- Der CDU-Abgeordnete Andreas Nick bezeichnete den "systematischen Versuch zur Beeinflussung" als außergewöhnlich.

Zwei weitere Abgeordnete haben uns Zitate freigegeben. Sie richten sich vor allem gegen Versuche der "WerteInitiative", auf den Wortlaut der Bundestagsresolution gegen die BDS-Bewegung Einfluss zu nehmen, die etwa zu Boykott-Aktionen gegen Israel aufruft:

- Der außenpolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, sagte: "Lobby-Arbeit ist legitim, für Israel allemal." Aber: "Der Bundestag erarbeitet seine Beschlüsse am Ende selbst, alles andere wäre eine systematische illegitime Einflussnahme auf unsere Arbeit."
- Ähnlich äußerte sich der Vizechef der FDP-Fraktion, Alexander Graf Lambsdorff: "Als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe rede ich gerne, viel und oft mit deutsch-israelischen NGOs, aber Textarbeit an Resolutionen des Bundestages mache ich mit keiner einzigen." Das sei allein Aufgabe der Parlamentarier.

Wir zitieren zudem auch Abgeordnete, die mit den Methoden beider Vereine keine Probleme haben.

Vorwurf 3: Der SPIEGEL erkläre eine legale Spendenpraxis für illegitim.

Im Artikel ist klar zu lesen, dass Spenden dieser Art nicht illegal sind – solange keine Gegenleistung dafür erwartet wird. Wir haben Stellungnahmen der Politiker veröffentlicht, die eine Gegenleistung dementieren. Zugleich beschreiben wir unsere Recherche, wonach rund um die Einladung zu einem Spendendinner die Eingeladenen via Twitter Druck auf die Sender Arte und WDR aufgebaut haben, weil die Sender sich weigerten, eine Antisemitismus-Dokumentation auszustrahlen. Eingeladen zum Spendendinner hatte Elio Adler, der Vorsitzende der "WerteInitiative" von seinem E-Mail-Konto der Initiative aus. Veranstalter des Abends seien aber weder er noch der Verein gewesen, so Adler.

Zudem berichtete der Grünen-Abgeordnete Frithjof Schmidt, dass im Bundestagswahlkampf 2013 zwei "Naffo"-Vertreterinnen auf ihn zugekommen seien mit dem Angebot, dass ihm 1500 Euro gespendet werden sollten.

Vorwurf 4: Der Einfluss der beiden Vereine werde überzeichnet, um das Bild einer mächtigen Lobby zeichnen zu können.

Unsere Redaktion hat den Verein "Naffo" beim eigenen Wort genommen. So heißt es etwa in einem Protokoll der "Naffo"-Mitgliederversammlung von 2018: "Kurz vor der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags durch CDU, CSU und SPD hat Naffo durch eine gezielte Kampagne dutzende MdBs auf die aus unserer Sicht verheerende Passage zu Nahost aufmerksam gemacht und konnte eine deutliche Verbesserung erreichen".

Über unsere Berichterstattung hinausgehend gibt es noch weitere Passagen in jenem "Naffo"-Protokoll, die den Einfluss von "Naffo" auf Abgeordnete verdeutlichen.

Laut Tagesordnungspunkt 1 erläuterte die damalige Vorsitzende "die wichtigsten Aktivitäten von 'Naffo'", darunter unter anderem folgende drei Punkte:

- April 2018: "In der Bundestagsdebatte zu '70 Jahre Staat Israel' konnten wir in den Reden etlicher unserer Kontakt-MdBs unsere Positionen wiederfinden."

- Juni 2018: "In der Bundestagsdebatte zum Atomabkommen mit dem Iran vertraten etliche unserer Kontakt-MdBs 'Naffo'-Positionen."
- Juni 2018: "Im Vorfeld der Bundestagsdebatte zur Verlängerung des Bundeswehrmandats im Rahmen von UNIFIL im Libanon wurden wir von einem hochrangigen MdB der FDP-Fraktion um unsere Einschätzung gebeten. Diese fanden wir – zum Teil wortgleich – in seiner Rede wieder."

Darüber hinaus berichtet der Verein von Gesprächen mit hochrangigen Politikern und Diplomaten, etwa den Botschaftern Israels, der USA und Chinas, dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, FDP-Chef Christian Lindner, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU), und vielen weiteren "MdBs, Staatssekretären und Ministerialbeamten". In dem Protokoll von 2018 heißt es auch: "Etliche 'Naffo'-Kontakt-MdBs sind in der neuen Legislaturperiode in neue, wichtige Funktionen aufgerückt."

Die "WerteInitiative" geht ähnlich vor. So berichtet der Verein unter anderem auf seiner Website von Treffen mit Spitzenpolitikern verschiedener Parteien. Wir messen den Vereinen also nicht mehr politisches Gewicht zu als sie selbst es tun.

Vorwurf 5: Der Text verwende antisemitische Klischees.

Der Artikel zeichnet weder das Bild einer "jüdischen Lobby" noch einer "jüdischen Weltverschwörung", wie Kritiker unterstellen. Die Religions- oder eine andere Zugehörigkeit der handelnden Personen spielt für unsere Berichterstattung keine Rolle. Es geht um Lobbyismus und seine Methoden. Die Unterstellung, eine solche Berichterstattung würde Hetze oder Gewalttaten gegen Juden in Deutschland unterstützen, weisen wir entschieden zurück.

Wir halten uns an die Fakten:

- Dass Spenden aus dem Umfeld der beiden Vereine geflossen sind, ist belegt.
- Dass der israelische Minister für Strategische Angelegenheiten, Gilad Erdan, eine Organisation gegründet hat, die verdeckt gegen Boykottinitiativen gegen Israel vorgeht, hat die seriöse israelische Zeitung "["Haaretz" enthüllt](#)". Der Minister selbst hat nach Berichterstattung israelischer Medien zugegeben, dass sein Ministerium mit dieser Organisation ein Kooperationsabkommen abgeschlossen hat, um diese Teile der "Agenda und Strategie" des Ministeriums umsetzen zu lassen.
- Dass der Mossad an Erdans Kampagne beteiligt ist, berichten übereinstimmend seriöse Medien in Israel (etwa [hier](#) und [hier](#)). Wir behaupten aber an keiner Stelle, dass die beiden deutschen Vereine vom Mossad gesteuert würden.

Vor diesem Hintergrund können wir die gegen uns erhobenen Vorwürfe nicht nachvollziehen und halten an den Ergebnissen der Recherche fest.

DER SPIEGEL / Chefredaktion

Ein Appell aus Israel an meine deutschen Freunde

Von **Amos Goldberg**, Professor an Hebräischer Universität Jerusalem und Spezialist für die Erforschung des Holocaust, in einem Gastbeitrag der Frankfurter Rundschau online, 23.07.19 (am 24. d.M. in der Printausgabe)

<https://www.fr.de/meinung/appell-meine-deutschen-freunde-12851166.html>